

Stärkung der Kommunen und mehr Steuergerechtigkeit

Christoph Schmitt ist unser Direktkandidat für die Bundestagswahl. Silke Olesen hat ihn zu einem Interview eingeladen, um mit ihm über seine politischen Ziele für unsere Region und für Deutschland zu sprechen.

Herr Schmitt, stellen Sie sich einfach kurz persönlich vor.

Mein Name ist Christoph Schmitt. Ich bin 34 Jahre alt, verheiratet und lebe mit meiner Frau Tabea in Niederzissen. Ich bin auch in Niederzissen aufgewachsen und habe 2006 mein Abitur am PJG Ahrweiler gemacht. Danach habe ich ein Duales Studium an der rheinlandpfälzischen Finanzverwaltung begonnen. Nach Abschluss zum Diplom-Finanzwirt (FH) arbeite ich seit 2009 im Bundeszentralamt für Steuern in Bonn, zunächst im Bereich Personal und Organisation, zuletzt im Leitungsstab. Seit Juli 2020 arbeite ich wieder steuerfachlicher und darf mich dem Kampf gegen internationalen Steuerbetrug und Steuervermeidung widmen, indem ich grenzüberschreitende Steuergestaltungsmodelle rechtspolitisch auswerte.



Was sind Steuergestaltungsmodelle?

Einfach gesagt, geht es darum, dass global agierende Unternehmen versuchen, ihre Gewinne dahin zu verlagern, wo es für sie günstiger ist. Der Gesetzgeber hat im letzten Jahr eine Meldepflicht für diese Steuergestaltungsmodelle eingeführt. Meine Aufgabe ist es, diese Meldungen auszuwerten und zu überprüfen, ob rechtspolitischer Handlungsbedarf besteht, also ob Gesetze geändert oder Verordnungen angepasst werden müssen.

Da denkt man ja gleich an Amazon und Co.

Ja, das sind so die Klassiker, die einem als erstes einfallen, aber auch viele große deutsche, international tätige Unternehmen versuchen natürlich ihre Gewinne zu verlagern bzw. ihre Steuerquoten zu optimieren.

Wie sind Sie zur Politik gekommen?

Von Kindesbeinen an war ich in vielen Vereinen in Niederzissen aktiv, im Sportverein und im Karnevalsverein. Politik hat mich von Jugend an interessiert, vielleicht besonders angestoßen durch den Sozialkunde-Unterricht in der Schule. Dann kam das ein oder andere Projekt auf. Bei mir war es ganz klassisch der Bolzplatz, den die Jugend in Niederzissen haben wollte. Oder auch eine Beleuchtung an der Bushaltestelle. Und dabei habe ich gemerkt, dass ich mich für Kommunalpolitik begeistern könnte. Mit meinen beiden Anliegen bin ich dann zum SPD Ortsverein gegangen. Dort

wurde ich sehr offen aufgenommen und es hat nicht lange gedauert, dass ich dann in die SPD eingetreten bin. Schon nach kurzer Zeit war ich im Vorstand des Ortsvereins und bei der Kommunalwahl in 2009, an der ich erstmalig teilnehmen konnte, auch schon in Gemeinderat, Verbandsgemeinderat und im Kreistag. Ich bin also schon recht lange dabei und habe ein paar Jährchen Kommunalpolitik auf dem Buckel.



Und hat es mit dem Licht an der Bushaltestelle geklappt?

Ja, tatsächlich!

Also schon gleich ein erster Erfolg. Was gibt es noch für Erfolge?

Grundsätzlich geht es in der Kommunalpolitik ja nicht um den einen großen Erfolg, sondern Kommunalpolitik lebt ja davon, dass man viele kleine Entscheidungen treffen darf, viele kleinere Verbesserungen umsetzen darf – vom Licht an der Bushaltestelle bis hin zu anderen Dingen, die aus der Bevölkerung an einen herangetragen werden, wie etwa Hundetoiletten im Ort oder ähnliches. Aber wenn ich ein Thema nennen sollte, auf das ich mit Stolz blicke, ist es das Thema Förderung des Ehrenamtes und die Unterstützung der Vereine. Ich denke, dass wir auf Gemeinde-, Verbandsgemeinde- und auf Kreisebene da parteiübergreifend viel erreicht haben. Was wir da an Fördermöglichkeiten in den letzten 10-15 Jahren entwickelt haben, kann sich sehen lassen. Das gilt auch für die Hilfen, die wir in der Coronazeit für die Vereine auf die Beine gestellt haben.

Sie schreiben auf Ihrer Webseite, dass Ihnen die Art und Weise, wie Politik agiert wichtig ist. Was gefällt Ihnen denn nicht in der aktuellen Politik und wie könnte man das besser machen? Ich denke, eines haben sie gerade schon genannt – nämlich die Arbeit über Parteigrenzen hinaus.

Genau! Das ist etwas was mir als Kommunalpolitiker schon immer wichtig war; der Umgang miteinander, also innerhalb der Politik. Dass man respektvoll miteinander umgeht und auch über Parteigrenzen denkt. Nur dann kann man die besten Lösungen finden. Und ich denke, das ist ein wichtiger Punkt, den auch die Bundespolitik besser machen kann. Das zweite Thema ist die Frage: „Wie binde ich die Bürger besser mit ein?“ Und vor allem: „Wie erkläre ich den Bürgern die Entscheidung, die ich getroffen habe.“ In der Regel sind alle politischen Entscheidungen Kompromisse, die muss man den Menschen einfach noch besser erklären. Das sieht man ganz aktuell in der Coronapolitik, hier hätte man Entscheidungen besser vermitteln müssen. Und ein dritter Punkt ist, dass man in der Politik meines Erachtens etwas ganzheitlicher denken muss. Also das Thema Klimapolitik nicht allein, das Thema Wirtschaftspolitik nicht allein, sondern beides ganzheitlich und vernetzt denken muss. Und man muss etwas mutiger entscheiden. Mit mehr Elan und mehr Zuversicht die Entscheidungen treffen, auch in dem Bewusstsein, vielleicht mal Fehler machen zu dürfen.

Solidarität, Freiheit und Gerechtigkeit – dafür steht die SPD. In der Pandemie hat man diese leider oft vermisst – wie haben Sie die Pandemie bis jetzt erlebt und wie hat sich die Politik Ihrer Meinung nach geschlagen?

Auf das Jahr zurückblickend, meine ich, dass sich die Politik zu Beginn der Pandemie ganz gut geschlagen hat. Wir haben gemerkt, dass wir einen handlungsfähigen Staat haben. Viele Länder haben vor einem Jahr nach Deutschland geschaut und gesagt, die machen das da sehr gut. Allerdings muss auch sagen, dass die Politik dann in Richtung Sommer und im Herbst ein wenig den Kompass verloren hat. Wir haben uns im Klein-Klein verstrickt, es gab zu viele Regelungen, man wollte alles genau durchregeln. Ich glaube auf dieser Strecke ist dann



das Verständnis der Bürger*innen verloren gegangen. Man hat sie nicht mehr mitgenommen. Und da ging dann auch etwas die Solidarität verloren. Einerseits ist das durch die lange Zeit menschlich und verständlich. Andererseits haben wir in unserer Gesellschaft auch gesehen, dass Solidarität durchaus gelebt wird, wenn man zum Beispiel sieht, wie viele Menschen ehrenamtlich in den Testzentren arbeiten oder wie sich die Vereine untereinander helfen. Die Themen Freiheit und Gerechtigkeit werden aktuell interessant, wo es um immer weitergehende Lockerungen geht. Auch hier wird es wieder darum gehen, dass die politischen Entscheidungen gut und verständlich kommuniziert werden.

Angesichts der Lockerungen kann man ja das Gefühl haben, dass die Politik wieder irgendwelchen Stimmungen hinterher rennt, oder?

Ja genau. Das ist auch der Punkt, der mich in der Politik stört. Das meine ich auch mit Mut in der Politik. Man muss gerade auch in solchen Situationen den Mut haben, etwas unpopuläre Entscheidungen zu treffen, diese dann aber auch gut begründen und erklären können. Und da hält sich die Waage in den letzten Monaten nicht mehr.

Ganz besonders konnte man das ja während des parteiinternen Kampfes der CDU/CSU um die Kanzlerkandidatur feststellen?

Ja, das stimmt. Die Bürgerinnen und Bürgern konnten nicht mehr unterscheiden, werden die Entscheidungen nun getroffen in Hinblick auf eine parteiinterne Personalentscheidung oder weil es um das Wohl der Menschen geht. Da konnte man nun wirklich nicht immer eine Linie erkennen.

Was können Sie als Politiker aus der Coronazeit lernen?

Für mich persönlich ist klar geworden, dass das Thema Gesundheit wirklich über allem zu stehen hat. Das war mir als junger Mensch vor einem Jahr noch nicht so klar. Es sind neue Blickwinkel hinzugekommen. Und in der politischen Arbeit kann man den Bürgerinnen und Bürgern auch etwas zutrauen, ihnen zum Beispiel - gut begründet – auch solche Einschränkungen zumuten, die erst einmal nicht gut ankommen. Die Mehrheit konnte ja mit den Entscheidungen leben als sie verständlich kommuniziert wurden. Der große Punkt, den wir aus der ganzen Geschichte mitnehmen sollten, ist, dass man die großen Herausforderungen in Deutschland alleine nicht bewältigen kann, sondern dass man vieles auf EU-Ebene und global anpacken muss.



Kommen wir nun zur Bundestagswahl - wofür steht Ihr Slogan Neuer Mut für Berlin?

Es ist ja schon ein bisschen angeklungen. Ich glaube schon, dass jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, dass die Politik wachgerüttelt wird, insbesondere die Bundespolitik. Die Themen, die allgegenwärtig sind, die jedem präsent sind, wie Klimawandel, Digitalisierung und Demografischer Wandel - das sind alles Themen, die von einer neuen Generation bearbeitet werden müssen. Und Themen, wo die neue Generation auch ihre Schwerpunkte setzen muss. Ich glaube, dass meine Generation diese Themen anders angehen wird als die Generation meiner Eltern oder meiner Großeltern. Neuer Mut heißt für mich, dass wir diese Themen offensiv angehen müssen, nicht nur als Probleme verstehen dürfen.

Etwa das Thema Klimawandel können wir aktiv gestalten, wir müssen die Menschen, aber auch die Wirtschaft hier mitnehmen. Es sollte nicht über Verbote oder theoretische Zielvorgaben gesteuert werden, sondern ganz praktisch angegangen werden. Sicher muss man hier das Tempo erhöhen. Wenn man zum Beispiel möchte, dass die Menschen auf E-Mobilität umsteigen, dann muss der Staat mittels Subventionen auch dafür sorgen, dass etwa ein E-Golf günstiger ist als ein herkömmlicher Benziner oder Diesel-Golf. Andere westeuropäische Länder haben uns das schon vorgelebt, etwa indem die Umsatzsteuer auf E-Autos reduziert wurde. Wenn wir etwas gegen den Klimawandel tun wollen, muss das Ganze auch für die Menschen bezahlbar sein. Das Gleiche gilt etwa für die Ausweitung des Anteils an Solarstrom. Ich habe mir gerade ein Angebot für eine Anlage für mein Dach eingeholt. Da muss man schon schlucken, wenn man sieht was das Ganze kostet und wie lange es dauert bis sich diese heftige Investition auszahlt. Wenn wir wollen, dass die Menschen mitmachen, zum Beispiel ihre Heizungen modernisieren, dann muss das Ganze bezahlbar sein und entsprechend gefördert werden. Da hilft kein 5prozentiger Zuschuss.

Zum Thema Mobilität – Ganz wichtig ist es einen attraktiven und bezahlbaren ÖPNV aufzubauen, gerade auch im ländlichen Raum. Bezahlbar allein hilft wenig, wenn wie bei uns in der Eifel, der Bus nur einmal am Tag fährt. Also erst Attraktivität, dann Bezahlbarkeit. Und bei der Digitalisierung gilt es viel aufzuholen, das Tempo muss hier massiv erhöht werden. Das Thema müssen wir als Daseinsvorsorge begreifen, hier sind auch die Anbieter stärker in die Pflicht zu nehmen als bisher.

Und zum Thema Gesundheit – die Menschen die im Sektor beschäftigt sind, allen voran die Pflegerinnen und Pfleger, müssen besser bezahlt werden. Das ist uns allen in der Coronazeit sehr klar geworden, dass die Arbeitsbedingungen und Bezahlung verbessert werden müssen. Und die generelle Frage, wie finanzieren wir unser Gesundheitswesen in der Zukunft muss angesichts des demografischen Wandels geklärt werden. Auch die Frage, wie finanzieren wir Krankenhäuser, muss auf den Prüfstand. Ein Krankenhaus, das nur darauf abzielt, Gewinne zu erzielen, ist nicht in meinem Sinne und ich glaube auch nicht im Sinne der Patienten.

Wie stehen Sie denn zur Zusammenlegung von gesetzlicher und privater Krankenkasse bzw. einer Einführung einer Bürgerversicherung?

Das ist sicher ein wichtiger Punkt, an dem die SPD ja schon länger arbeitet. Insbesondere wurden dazu ja auch von Andrea Nahles, meiner Vorgängerin im Wahlkreis, viele Akzente gesetzt. Wir als SPD sollten an diesem Thema dranbleiben. Eine Bürgerversicherung wird sich sicher nicht von heute auf morgen umsetzen lassen. Die Menschen, die aktuell in einer privaten Versicherung sind, wird man nicht schnell in eine Bürgerversicherung schieben können. Aber in den letzten Jahren verstärkte sich der Trend immer weiter hin zu einer Zweiklassenmedizin. Ich selbst bin privatversichert und bekomme, wenn ich beim Orthopäden anrufe, für morgen einen Termin. Mein Vater, der vielleicht mehr Bedarf hat, aber gesetzlich versichert ist, muss drei Monate auf einen Termin warten. Das ist so nicht in Ordnung und dem muss entgegengewirkt werden.



Gibt es noch ein Thema, was Sie persönlich im Bund besonders interessiert, wo Sie sich besonders engagieren möchten?

Das ist schon vor meinem beruflichen Hintergrund das Thema einer gerechten Steuerpolitik. Große Unternehmen, die sogenannten Global Player, müssen eine angemessene Steuerquote haben. Gewinne, die hier erzielt werden, müssen auch hier versteuert werden. Es kann ja nicht sein, dass der Mittelständler hier in unserer Region brav seine Steuern zahlt und diejenigen, die richtig viel Geld verdienen, das nicht tun. Da ist Olaf Scholz ja schon rangegangen und hat im letzten Jahr schon richtige Akzente gesetzt. Aber das Ganze kann natürlich nicht allein in Deutschland gelöst werden, sondern nur EU-weit und global. Der neue amerikanische Präsident hat das Thema ja gerade auch wieder aufgemacht, woran in den letzten Jahre ja nicht zu denken war. Wenn wir eine gerechte Steuerpolitik haben wollen, müssen die ganz Großen mehr bezahlen, damit wir insbesondere auch Familien und gerade auch Alleinerziehende besser entlasten können.



Auch die Arbeitsmarktpolitik wird uns gerade nach der Pandemie wieder verstärkt beschäftigen. So ist das Thema der sachgrundlosen Befristungen für mich persönlich ein richtiges Ärgernis, das man vonseiten der Politik nun endlich in den Griff bekommen muss. Und auch am Thema Mindestlohn sollten wir weiter arbeiten. Und nach der Pandemie wird die Frage wichtig, wie bekommen wir die jungen Menschen in die Ausbildung.

Zurück in den Wahlkreis – nennen Sie drei Top-Ziele für unsere Region.

Nach der Pandemie, hoffentlich schon ab Herbst, müssen wir sicher etwas für den Mittelstand tun, der ja das Rückgrat unserer Wirtschaft hier in der Region ist. Insbesondere Gastronomie und Einzelhandel müssen wir mit einer guten Steuerpolitik und einer guten Standortpolitik helfen. Und so die Rahmenbedingungen schaffen, damit die Wirtschaft wieder durchstarten kann.

Und aus der Kommunalpolitik heraus liegt mir weiterhin die Unterstützung des Ehrenamts sehr am Herzen. Wir haben ein aktives Vereinsleben und das gilt es zu erhalten.



Und als dritter Punkt ist mir die Finanzausstattung der Kommunen wichtig, hier müssen Bund und Land noch mehr unterstützen, damit wir die Schulen, die Sportplätze und das Schwimmbad vor Ort sanieren können. Diese drei Dinge sind mir aus meiner kommunalpolitischen Zeit wichtig und hierfür würde ich mich im Bundestag einsetzen.

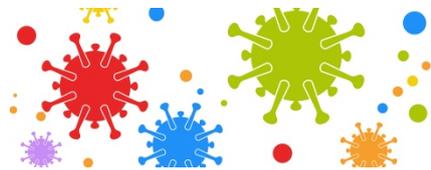
Nun zum Abschluss noch zur Arbeit der Grafschafter SPD, die in den letzten Wochen und Monaten einige Dinge angestoßen hat.

Zum ersten geht es um die Anschaffung von Raumluftreinigungsanlagen für Schulen und Kitas, die in der Grafschaft sehr kontrovers diskutiert wurde.



Ich habe selbst das Thema auf der Ebene der Verbandsgemeinde Brohltal angestoßen und einen ähnlichen Antrag gestellt wie die SPD Grafschaft. Wir haben zwar auch sehr lange Diskussionen darüber geführt, haben aber glücklicherweise da eine Mehrheit gefunden, dass wir nun effiziente Luftfilterungsanlagen anschaffen. Ich bin da ein absoluter Befürworter. Man kann wirklich nicht verstehen, dass immer noch der Standpunkt vertreten wird, dass Lüften alleine als Schutz ausreicht. Klar war schon Anfang des Jahres, dass die Pandemie nicht in vier Wochen vorbei ist und dass Schulkinder und die Kita-Kinder die letzten sein werden, die geimpft werden. Da müssen wir unsere Verantwortung in den Kommunen gerecht werden und als Träger von Kitas und Schulen dafür Sorge tragen, dass die Kinder bestmöglich geschützt werden. Im Brohltal konnten wir unseren Antrag durchsetzen und haben nun 250.000 Euro investiert.

In der Grafschaft hat man ja leider wertvolle Zeit verloren. Nicht jede Kommune schien begriffen zu haben, dass auch sie eine gewisse Verantwortung bei der Bekämpfung der Pandemie trägt. Aber nun haben die Hartnäckigkeit und vor allem die überzeugenden Argumente der SPD Grafschaft ja doch noch zu einer Ratsmehrheit geführt und Kitas und Schulen werden auch in der Grafschaft mit den Anlagen ausgestattet werden. Ich gratuliere zu diesem politischen Erfolg und möchte betonen, dass man hier nicht an der falschen Stelle sparen sollte.



Die SPD Grafschaft setzte sich für die Einrichtung von Wiederkehrende Straßenausbaubeiträge ein, was ist da ihr Standpunkt?

Auch hier habe ich im Gemeinderat Niederzissen den Antrag eingebracht, auf wiederkehrende Straßenausbaubeiträge umzustellen. Auch dieser wurde nach langer und ausgiebiger Diskussion mit knapper Mehrheit angenommen. Mittlerweile ist der Drive auf dem Thema ja ein bisschen raus, weil die Landesregierung den gesetzlichen Rahmen geändert hat und die Kommunen bis 2024 auf wiederkehrende Beiträge umstellen müssen. Unabhängig davon ist es inhaltlich die richtige Entscheidung, weil es die fairste Möglichkeit ist, den Straßenausbau zu finanzieren. Es ist die sozial gerechteste Lösung. Wer die komplette Abschaffung der Straßenausbaubeiträge fordert, wie etwa im Landtagswahlkampf, muss dann auch sagen, woher dafür das Geld kommen soll. Ich weiß nicht, woher es kommen soll, dann müsste man über eine Erhöhung der Grundsteuer gehen oder andere Steuern erheben.

Die SPD Graftschaft hatte vor längerem schon eine Bürgerstiftung für die Graftschaft angeregt, aber diese wurde nun vor kurzem – zumindest fürs Erste – vonseiten der Ratsmehrheit begraben. Was halten Sie denn von einer Bürgerstiftung?

Die Grundidee fand und finde ich sehr gut. Die Intention ist klar: Mit einer Stiftung kann man vor Ort schnell und unbürokratisch helfen, wo es die Gemeindeverwaltung vielleicht nicht direkt kann. Es ist ja auch eine durchaus bewährte Idee. Die regionalen Banken haben auch solche Stiftungen gegründet, um die Menschen und die Vereine vor Ort zu unterstützen. Bei der aktuellen Zinssituation ist es natürlich nicht leicht, Einnahmen zu generieren, um die Projekte zu zahlen. Dennoch sollte das einen nicht hindern, das Projekt weiterhin im Auge zu behalten und vielleicht in einer andere Art und Weise noch einmal anzugehen. Auch auf Kreisebene gibt es ja die Gertrud-Pons-Stiftung und auch andere Gemeinden haben Stiftungen gegründet. Also eine gute Sache und mein Appell an die Graftschafter Genossen, hier nicht nachzulassen.

Gibt es noch ein Thema, das Sie besonders ansprechen möchten?

Was mir für meine Kandidatur noch wichtig ist, dass ich auch verkörpern möchte, dass ich als Politiker nach bei den Menschen sein und bleiben will. Das ist etwas, was vielen Politikern in den letzten Jahren verloren gegangen ist. Wie Kurt Beck es nannte „Nah bei den Leut“ zu sein, bedeutet, dass man die Stimmung aufnehmen kann und weiß, was die Menschen wirklich beschäftigt. Das schafft man indem man weiter im Vereinsleben aktiv ist oder auch in der Kneipe zuhört. Und ein offenes Ohr dafür behält, was im Moment wirklich so anliegt. Nur so kann man wieder Vertrauen in die Politik schaffen.



Sie machen ja auch gerade Bürgersprechstunden.

Eigentlich bin ich gar nicht so großer Fan von Telefonsprechstunden, da ich es wichtiger finde, normal vor Ort mit den Menschen zu sprechen. Aber das geht ja coronabedingt im Moment nur eingeschränkt. Daher habe ich die Telefonsprechstunde eingerichtet. Bewusst auch nur über das Telefon und nicht Facebook oder ähnliches, damit alle Bürger*innen die Möglichkeit haben, mit mir Kontakt aufzunehmen. Hauptmotivation für mein politisches Engagement ist es ja, mich für die Menschen und ihre Anliegen einzusetzen. Ich habe viel Freude am Austausch und wenn es dann auf Bundesebene klappen sollte, umso besser.

Bilder(C. Schmitt, SPD-Graftschaft, pixabay)